

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 16

Köln, den 18. April 1930

31. Jahrg.

Ostergedanken.

Ostern ist ein Fest der Freude und der Hoffnung, aber auch ein Fest der Erneuerung und Entscheidung.

Welch fürchterbare Tragödie hat sich auf Golgatha abgespielt! War da nicht ein Leben und Werk zerbrochen? Hatte man nicht den Erlöser gekreuzigt, denjenigen, der den Menschen den Weg zeigen wollte zur Wahrheit und zum Leben? War das nicht der Zusammenbruch eines großen Wollens, war das nicht Bankrott der Idee? Hatten hier nicht glatte Nützlichkeitseffnung, Politik und Macht gesiegt?

Blieb da in den düsteren Stunden auf Kalvaria noch Hoffnung für die kleine Schar, die ihm, dem „Meister“, gefolgt war, vertrauend und hoffend, die an seine Botschaft vom Reiche der Kinder Gottes bis zuletzt geglaubt hatte? Standen sie nicht als Tore an Kreuze?

Wir wissen, wer auf Golgatha recht behielt. Den man töten und unschädlich machen wollte, den man vor dem Volke als Verbrecher brandmarken und unmöglich machen wollte, er erstand siegreich aus dem Grabe.

Und sein Sieg ging über die Welt trotz des Widerstandes politischer Mächte, trotz allen Pharisäismus und trotz allen Zweifels der stumpf gewordenen Masse. Christus wurde der Führer der Jahrhunderte, der heimliche König der Zeit, die tiefste Kraftquelle, aus der immer wieder Menschen und Zeiten sich erneuerten.

Freilich kamen und kommen immer wieder winterliche Stürme über die Menschheit. Man vergaß das Licht der Welt, das jeden Menschen erleuchtet, der in diese Welt kommt. Es wurde kühl und frostig unter den Menschen, so — daß die Menschlichkeit bedroht wurde, weil man vergaß, daß der Mensch als Gottes Ebenbild geschaffen ist.

Auch heute leben wir in einer solchen Zeit des Irregehens. Die Menschen hungern und frieren. Wir leben, um ein Wort Renans zu gebrauchen, nur noch „vom Duft einer leeren Dase“. Und wovon werden wir morgen leben, wenn jede Orientierung am übermenschlich-Göttlichen verlorengegangen sein wird, wenn unsere Seelen nur noch von Trieben und Zwecken, von Interessen und Zahlen beherrscht sein werden? Was wir heute erleben, ist ein neuer Sündenfall des abendländischen Menschen, ist ein fortschreitender Abfall von Göttlichem.

Die Wirtschaft, die uns unstrich und in deren Maschen wir uns weh- und wundzappeln, ist ohne Geist und Seele. Die heutige Wirtschaft und ihre unglückselige Begleiterscheinung, der Klassenkampf, bedrohen daher unser äußeres und inneres Menschentum. Wir alle fühlen es, daß wir an einer Zeitwende stehen. Wir müssen uns aber darüber klar sein, „daß eine Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsform nicht

nur gesetzlichen Maßnahmen, sondern in tiefstem Grunde einer religiösen Umkehr zu verdanken sein wird“ (Geheny). Selbst Volkswirtschaftler wie Sombart haben sich zu der Überzeugung durchgerungen, daß der menschenfeindliche Klassengedanke nur durch die Gottesidee überwunden werden könne.

Und das sollte für uns Menschen einer sterbenden Kultur die Mahnung von Ostern sein: Laßt wieder auferstehen in euch und in der Welt Christus, den Sohn Gottes, und laßt ihn wieder Führer sein! Grabt wieder in die Tiefe zu den verschütteten Quellen, ringt wieder um das Ewige im Menschen!

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich niemals erschöpft in dem Kampf um bloße materielle Besserstellung der Arbeiterschaft. Ihr galt es auch darum, die Persönlichkeit des Arbeiters vor Verkümmern zu bewahren, seiner Menschenwürde Geltung zu verschaffen und seinen Stand nicht nur kulturfähig zu machen, sondern auch in ihm das Bewußtsein zu wecken, daß er ein Kulturträger werden muß.

Und gerade um dieser Persönlichkeitspflege und Kulturfähigung willen hat die christliche Arbeiterbewegung immer wieder angeknüpft an die Erneuerungskräfte des Christentums. Wertvolle Traditionen sind hier zum mindesten gepflegt worden. Der Mutter- und Kulturboden ist erhalten geblieben, auf dem das Neue, das wir erschauen, wachsen kann und das allein ist schon eine Kulturtat.

Die Hauptaufgabe aber steht uns noch bevor: Die Befähigung des Arbeiters zu dem, was Prof. Th. Brauer vor einem Jahre auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. als

„Kulturförderung der deutschen Gewerkschaften“ bezeichnete, eine ganz gewaltige Aufgabe, deren Größe und Notwendigkeit selbst in weiten Kreisen der Arbeiterschaft noch nicht richtig erkannt worden ist. Es handelt sich dabei nicht um ein Hineinwachsen in die sog. bürgerliche Kultur, sondern um Neuschaffung eines idealen Lebensstils Hand in Hand mit dem sozialen Aufstieg; denn Kultur ist niemals bloße Tradition. Kultur ist Formung des persönlichen und des Gemeinschaftslebens aus einer idealen Sinnggebung heraus. Gerade die ist ja der bürgerlich-kapitalistischen Welt verlorengegangen. Die Arbeiterschaft darf nicht anknüpfen an die seelenlos gewordene Zivilisation des Bürgertums, sie darf nicht verspießern, sondern sie muß sich orientieren an höchsten geistigen Werten, an dem letzten Sinne der Welt überhaupt.

Hier freilich scheiden sich die Geister. Wir aber wissen, daß alle große Kultur im Abendland aus den Gestaltungskräften des Christentums gekommen ist. Es ist „der eigentliche Mutterchoß“ unseres

Weltenostern.

Wo du bist, Herr und Christus,
ist jauchzendes Leben
und frohe Auferstehung gewiß.

Und hat dich die Welt verhöhnt und gekreuzigt,
bei sich ins innerste Grab versenkt,
und glaubt sie dich tot für immer, —
auferstehn wirst du doch strahlend,
wider Willen auch dein Erlösung
aller Welt.

Und sie wird dich jubelnd erkennen,
niederfallen in freudigem Schreck,
feiern ein herrliches Ostern.

Wo du bist, Herr und Christus,
ist jauchzendes Leben
und frohe Auferstehung,
und aus düsterstem Grab
steigt ein leuchtendes Ostern.

G. Mick.

Wesens" (Tröltch). Und eine neue Kultur in Europa wird nicht möglich sein, sie sei denn in ihrem Wesen christlich. Es handelt sich darum, daß wir diese uns gestellte Aufgabe sehen und sie bejahen. Das Osterfest ruft uns auf zu dieser Selbstbestimmung, zu dieser klaren Entscheidung. Wir sind dazu berufen, daß aus dem unergänglichen Geist Christi heraus wieder Kultur wird.

Unsere Hoffnung aber ist die neue Jugend, die aufgeschlossen und lebendig über die alte Entartung hinaus in ein Neuland strebt, das gegründet ist auf der Freiheit der Kinder Gottes, auf Menschenwürde und Menschenliebe.

Gläubig muß diese Jugend sein und nicht zweiflerisch, läzig und

nicht sorglos, verantwortungsbewußt und nicht gleichgültig. Christliche Arbeiterjugend, sei wach und hellhörig, entscheide dich ernsthaft für ein lebendiges Christentum! In dieser Entscheidung liegt deine Würde, dein und deines Standes Schicksal.

Du Arbeiter! Du! Mit deinen harten Händen.
 Formtest der Erde Antlitz, Den Bau der Zeit. Gott und du!
 Man lächelt über Gott: „Es gibt keinen.“
 Man lächelt über dich Arbeiter: „Ja, es gibt schon welche,
 Aber sie zählen nicht.“ Und doch . . .
 Dein Tag wird einist heraufsteigen,
 So wahr wie Gottes Sonne heraufsteigt. (Karl Reßler)

Will das Unternehmertum Querverbindungen?

Die kürzlich stattgefundenen Mitgliederversammlung des Langnamvereins beansprucht Interesse weit über den Rahmen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hinaus. Insbesondere die Forderungen, die auf dieser Tagung erhoben wurden, geben der Arbeiterschaft alle Veranlassung, die sich im Unternehmertum anbahnende Entwicklung eingehend zu beobachten. Die öffentliche Meinung, vertreten durch die Presse, zahlreiche Ehrengäste, Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Eisenbahn und Reichspost, hat von dieser Tagung gebührend Notiz genommen und jedenfalls werden sich die dort vertretenen Absichten und Ziele des Unternehmertums in irgendeiner Weise bald bemerkbar machen.

Wer erinnert sich nicht der Entrüstung, mit der die „Wirtschaft“ und weite Teile des Bürgertums das Wort von den Querverbindungen der Arbeitnehmer in den bürgerlich-politischen Parteien aufgenommen hat. Es ist noch gar nicht so lange her, daß man um diese Querverbindungen Tinte und Druckerschwärze ausgiebig verwandte, um zu beweisen, daß diese Querverbindungen der Arbeiterschaft nicht nur unerhört, sondern auch staatspolitisch außerordentlich gefährlich seien. Man hat den Arbeitnehmern nie ganz verziehen, daß sie, gleichgültig in welcher bürgerlichen Partei sie stehen, sich über die Grenzen dieser Partei hinweg in lebenswichtigen Fragen die Hände reißten und nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgehen. Sicher hat die Arbeiterschaft durch diese gemeinsame Arbeit ihrer Vertreter in den Parlamenten die eine oder andere Angelegenheit zu ihren Gunsten beeinflussen und erledigen können und ebenso sicher haben die der Arbeiterschaft überwollenden Kreise diese Querverbindungen bekämpft und ihr Wirksamwerden zu verhindern versucht. Aber was das Unternehmertum damals in Acht und Bann erklärte, wird heute von eben diesen Unternehmern als das Mittel schlechthin bezeichnet, um der Wirtschaft wieder aufzuhelfen.

Im Hinblick auf die jüngsten Verlautbarungen aus dem Lager der „Wirtschaft“ — der Langnamverein fühlt und gibt sich durchaus als Interessensvertreter der Wirtschaft im Industriegebiet — klingen die damaligen mißbilligenden Äußerungen gegen die Querverbindungen der Arbeitnehmer recht schulmeisterlich, jedenfalls aber nicht mehr überzeugend. Die Unternehmer sind nach den Ausführungen des Vorsitzenden des Langnamvereins, Dr. Springorum, sowie des Geschäftsführers, Dr. Schlenker, im Begriff, für das Unternehmertum ebensolche Querverbindungen herbeizuführen. Denn anders können doch wohl die Darlegungen, die gelegentlich der 58. Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen in Rheinland und Westfalen, nicht verstanden werden.

Auf dieser Tagung hat sich die „Wirtschaft“ sehr eingehend mit der wirtschaftlichen Lage befaßt. Es wurde auf den Rückgang der Erzeugung hingewiesen. Für diesen Rückgang machte man den mangelnden Inlandsabsatz verantwortlich. Man erwähnte die Gewerkschaften zur Vernunft, verteilte an einzelne Führer der letzteren Lob oder Tadel und appellierte an den Staat, damit er demnächstige Versuche der Gewerkschaften, höhere Löhne zum Ausgleich für bevorstehende Belästigungen der breiten Masse zu erlangen, verhindere. Stark unterstrichen wurde die Meinung, daß die Wirtschaft bisher nichts, wenigstens aber nicht genug getan habe, um von sich aus die Politik ausreichend zu beeinflussen. Es wurde als ungenügend bezeichnet, daß die Wirtschaft in allen Parteien Vertreter sitzen habe, es käme mehr darauf an, daß diese Wirtschaftsveterane in allen großen allgemeinen Fragen eine Einheitsfront bilden. Das Versagen der Wirtschaft im politischen Kampf sei weiter zu erblicken in der politischen Zurückhaltung der wirtschaftlichen Spitzenverbände und dem Fehlen eines gleichzeitigen einheitlichen Vorgehens bei diesen Verbänden. Der frühere Vorsitzende des Langnamvereins, Kommerzienrat

Reusch, hat vor einiger Zeit die diesbezüglichen Diskussionen auf einer Tagung des Industrie- und Handelstages begonnen und dort folgendes ausgeführt: „In unseren Tagen ist im gesamten innerpolitischen Geschehen Zusammenhalt und Entschlußkraft nur bei den Gegnern des Unternehmertums zu finden. Das Ziel dieser Gegner ist die vollendete Durchführung des Sozialismus und die Vernichtung der von uns zu verteidigenden kapitalistischen Wirtschaft. Die Privatwirtschaft wird ja allmählich durch fortwährend gesteigerte Lasten immer mehr und mehr ausgehöhlt und geschwächt und dadurch von Tag zu Tag sturmreifer gemacht. Demgegenüber verharren die bürgerlichen politischen Kräfte unseres Volkes in anscheinend hoffnungsloser Zersplitterung, zum Teil in völliger Teilnahmslosigkeit. Die Folge ist, daß diesen Kräfte die innerpolitische Stoßkraft fehlt, die ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer Bedeutung für die Zukunft von Volk und Wirtschaft entspräche. Es ist heute Pflicht des gesamten deutschen Unternehmertums, gegen diese unselbige Zersplitterung auf politischem Gebiet mit aller Macht anzukämpfen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir und mit uns das deutsche Volk verloren sind, wenn wir nicht endlich hinter die Vertretung unserer wirtschaftlichen Belange das notwendige Gewicht an innerpolitischer Durchschlagskraft stellen können.“

Der Geschäftsführer des Langnamvereins, Dr. Schlenker, hat die vorstehenden Ausführungen sehr deutlich unterstrichen, indem er sagte: Querverbindungen in den verschiedenen politischen Parteien hat im allgemeinen heute nur die mit bestimmtem und klarem Willen ausgestattete Arbeitnehmerschaft. Sie macht von dieser Macht bewußt Gebrauch, um ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Die Unternehmer verzichten dagegen in Regelfälle auf eine einheitliche Willensbildung und beschränken sich auf Tagungen und Kundgebungen, die vielfach von nur imaginärem Werte sind. Politik kann aber nur durch Politik überwunden werden. Vielleicht werden sich daher wenigstens unsere größten Unternehmungen auf die Dauer neben dem kaufmännischen und technischen Direktor einen besonderen, gewissermaßen einen politischen Direktor halten müssen. Wir brauchen ein klares und einmütiges Bekenntnis unserer Regierung und des Parlaments zur individualistischen Wirtschaftsweise. Nur die Privatwirtschaft mit dem ihr innewohnenden Gewinnstreben, nur der private Unternehmer mit seinem Wagemut wird für die Dauer in der Lage sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Wirtschaft muß sich bei der Vertretung ihrer Interessen viel mehr als bisher das Faustwort zur Richtschnur nehmen: „Im Anfang war die Tat.“

Der naive Leser könnte nach vorstehenden Ausführungen zu der Meinung kommen, daß die Wirtschaft bisher politisch ungenügend vertreten gewesen sei. Die Forderungen, die das Unternehmertum an Regierung und Parlament stellt, könnten zu dem Glauben verleiten, als ob das bisherige Wirtschaftssystem alles andere, nur nicht individualistisch wäre. Man braucht die rednerischen Leistungen auf der Tagung des Langnamvereins gewiß nicht zu überschätzen. Gefährlich aber wäre es, wenn man ihnen nicht eine entsprechend große Bedeutung beimessen wollte. Die Dinge liegen doch so, daß das bisher gehandhabte Wirtschaftssystem nur individualistisch-liberalistisch gewesen ist und erst im letzten Jahrzehnt ein stärkerer Druck von unten her sich bemerkbar gemacht hat, der stärkere kollektivistische Bindungen erstrebt. Es deutet auch absolut nichts darauf hin, daß man im Eilzugtempo den Weg vom individualistischen zum kollektivistischen Wirtschaftssystem demnächst einzuschlagen in der Lage wäre. Im Gegenteil, man kann beobachten, daß, abgesehen von einer kurzen Nachkriegsperiode, seitdem die Konsolidation der deutschen Wirtschaft Fortschritte gemacht hat, ein immer stärkerer Zug zur individuali-

tischen Wirtschaft vorhanden ist. Das kommt nicht von ungefähr, sondern ist zum wesentlichen Teil doch auch auf die Tätigkeit der Vertreter der Wirtschaft in den Parlamenten und Selbstverwaltungskörpern zurückzuführen. Dieser Einfluß ist gewiß nicht klein. Bei der kleinbürgerlichen Einstellung, die unser deutsches Volk im allgemeinen auszeichnet, wiegt das Wort der Wirtschaft weit schwerer, mindestens aber so viel, als das des größten Teiles des Volkes, der Arbeitnehmerschaft. Dazu kommt, daß das Unternehmertum und die bürgerlichen Kreise doch in einem oft engen verwandtschaftlichen Verhältnis zu den leitenden Persönlichkeiten der staatlichen und sonstigen Verwaltung stehen und hier einen sehr fühlbaren praktischen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge auszuüben in der Lage sind. Diese Einflugsnahme ist für die Arbeitnehmer auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sehr fühlbar und wenn sich die Forderungen des Langsamvereins bald in die Praxis umsetzen sollten, dann könnte sich leicht die Einflugsnahme des Unternehmertums zum Nachteil der Arbeitnehmerschichten sehr unangenehm auswirken.

Feuerverhütung in gewerblichen Betrieben.

Die Brandursachen in gewerblichen Betrieben sind je nach Art des Betriebes und der darin zur Verarbeitung gelangenden Stoffe verschieden. Neben den allgemeinen hat jeder Betrieb seine besonderen Gefahren. Bei der Erforschung der Brandursachen hat man nun die höchst bedauerliche Feststellung machen müssen, daß etwa 80 Prozent aller auf gewerbliche Betriebe entfallenden Brände auf Unachtsamkeit, Gleichgültigkeit und mangelnde Vorsicht zurückzuführen ist.

Helft Feuer verhüten!

Feuerschutz-Woche

vom 27. April bis 4. Mai 1930.

Feuerverhütungsbild des Verbandes der Deutschen Berufsge nossenschaften.



Aus der offiziellen Aufklärungsbro schüre
„Feuerverhütung!“
Das Büchlein für alle“.

Zum Schutze gegen Brandgefahren bestehen für die Betriebe eine Reihe von Vorschriften der Feuerwehr, Berufsge nossenschaften, Versicherungsgesellschaften und anderer Stellen mehr. Würden diese Vorschriften von den Betriebsleitungen und Belegschaften befolgt, so könnte man einen gewaltigen Rückgang der Brände, die die Industrie betreffen, verzeichnen. Wie steht es jedoch hiermit in Wirklichkeit? Besucht man einen Betrieb, so fällt einem gleich am Eingang ein Schild in die Augen: „Rauchen verboten!“ Zahlreiche gleiche Schilder findet man in allen Teilen des Betriebes. Trotzdem schweben in den Arbeitsräumen blaue Wolken, ein untrügliches Zeichen, daß geraucht wurde. Besonders in dem heimlichen Rauchen liegt eine große Gefahr. Um nicht ertappt zu werden, werden Streichhölzer und Zigarettenreste möglichst weit fortgeworfen, ohne daß darauf geachtet werden kann,

wo diese hinfallen. Früher oder später führen diese doch einmal zum Brande. Rücksichtsloses Einhalten des Rauchverbotes ist die erste Sicherheitsmaßnahme eines jeden Betriebes.

In den Werkstätten: Wie häufig stehen hier Eimer mit feuergefährlichen Flüssigkeiten an den Werkbänken und Arbeitsplätzen herum. Die Vorschrift sagt, daß Gefäße, in denen sich feuergefährliche oder gesundheitschädliche Flüssigkeiten befinden, mit einem dicht schließenden Deckel versehen sein müssen. Da aber das Auf- und Zumachen der Deckel lästig ist, wird man häufig diese Deckel vergeblich suchen. Feuergefährliche und gesundheitschädliche Dämpfe gelangen so in die Arbeitsräume, und verwundert fragt man sich zu spät, wie war es möglich, daß eine Explosion oder dieser Unfall verkommen konnte. Viele Sachdenfeuer, viele Krankheiten können bei genauer und scharfer Kontrolle vermieden werden.

Ölige Puzlappen und Puzwolle neigen zur Selbstentzündung.

Wir glauben nicht, daß der „politische Direktor“ eine für uns harmlose Aufgabe zu erfüllen hat, sondern sind der Meinung, daß diese Figur im politischen Leben eine beachtliche Rolle spielen wird. Er wird jedenfalls dazu beitragen den Kampf der Arbeitnehmerschichten um Geltung und Achtung und ihren Aufstieg zu hemmen. Durchkreuzen und verhindern kann er ihn nicht, wenn die Arbeitnehmer die Augen offen halten und noch enger aneinander rücken. Es heißt aber wachsam sein und alle Mittel anwenden, die eine weitere Stärkung und Ausbreitung unserer Interessenvertretung fördern können. Als vornehmstes und wichtigstes Mittel bleibt immer die gewerkschaftliche Organisation, der Berufsverband. Beantworten wir darum die Forderungen der Unternehmer nach größerer politischer Geltung und Einflugsnahme mit einem großzügigen Werbefeldzug für die christliche Gewerkschaftsidee. Eine nicht nur zahlenmäßige, sondern auch finanzielle Stärkung unserer Verbände ist am ehesten in der Lage dann das politische Gleichgewicht wieder herzustellen.

Nach dem Gebrauch sollen dieselben in einem feuersicheren Behälter gesammelt werden. Wie oft finden wir sie in Ecken oder unter Tischen und Bänken liegen.

Sauberkeit und Ordnung ist ein Haupterfordernis in jedem Betriebe. Staub, gleich welcher Art, ob von Holz, Kohle, Sägen, Metall, Mehl ist aufs höchste feuergefährlich und kann zu Explosionen führen. In den Holzbearbeitungswerkstätten findet man oft fingerdicke, halbverkohlten Staub auf den Heizungsanlagen. Daß

durch den Staub, der sich hier entzündet, ein Feuer ausbrechen kann, leuchtet vielen nicht ein. Noch gefährlicher ist es, wenn in diesen Räumen sich eiserne Öfen oder andere offene Feuerungen befinden. Brennt der Ofen einmal schlecht, so wird ein mit Öl getränkter Lappen hineingeworfen oder aus einer Kanne oder Flasche Benzin, Petroleum, Öl oder dergl. hineingegossen. Diese Unsitte hat schon manche Fabrik eingäschert und vielen Menschen das Leben gekostet. Aufklärung und Belehrung tut hier besonders not. Dämpfe von feuergefährlichen Flüssigkeiten, die mit Luft vermischt ein explosives Gemenge bilden, sind für alle Betriebsstätten ein besonders großer Gefahrenmoment. Ausreichende Absaugvorrichtungen, Entlüftungsanlagen, die der Natur der Dämpfe entsprechen, müssen vorhanden sein. Eine Deckenventilation kann z. B. bei Dämpfen, die schwerer als Luft sind, ihren Zweck nicht erfüllen. Entlüftungskanäle sind unmittelsbar ins Freie zu führen und durch engmaschige Gitter zu sichern. Eine gewissenhafte Kontrolle gibt die größte Sicherheit gegen Brände in jedem Betrieb. Es wirkt auf einen Betrieb kein gutes Licht, wenn vier Stunden nach Arbeits-schluss in einem Raum noch die Maschinen laufen, da durch Ausströmen giftiger Gase die beiden Arbeiter an der Maschine bewußtlos geworden waren, wie es bereits vorgekommen ist. Ordnung muß überall im Betriebe herrschen. Treppenaufgänge, Flure, Türen und Notausgänge dürfen nie durch Gegenstände behindert werden. Kleines Löschgerät, Handfeuerlöscher, dem Betriebe und dem Zweck entsprechend, müssen in ausreichender Menge vorhanden sein. Jeder Angehörige eines Betriebes sollte ihre Handhabung kennen. In jedem Raum muß ebenso auffallend angegeben sein, wo und wie die Feuerwehr herbeizurufen ist.

Der beste Feuerschutz für jeden industriellen Betrieb ist die Schaf-

Helft Feuer verhüten!

Feuerschutz-Woche

vom 27. April bis 4. Mai 1930.

Feuerverhütungsbild des Verbandes der Deutschen Berufsge nossenschaften.



Aus der offiziellen Aufklärungsbro schüre
„Feuerverhütung!“
Das Büchlein für alle“.

fung einer Werksfeuerwehr, mag sie auch noch so klein sein. Der Leiter dieser Feuerwehr muß allerdings mehr als die üblichen Erfahrungen in der Feuerverhütung und Feuerbekämpfung besitzen. Pensionierte Nachwächter oder irgend einen Schreiber mit der Führung zu beauftragen, wie es gelegentlich vorkommen soll, kann keinen Gewinn bringen. Halbheiten im Werksfeuerwehrschutz verursachen nur Schäden. Nur ein erfahrener Führer wird für stets gut ausgebildete Mannschaften und für eine ständige Instandhaltung der ihm zur Verfügung stehenden Löschmittel und Geräte Sorge tragen. Eine so geführte Werksfeuerwehr ist keine Belastung, sondern eine gute Kapitalanlage, aus der Werk, Belegschaft, sowie die Allgemeinheit Gewinn haben. Die allgemeine Notlage gebietet mehr als je alles anzubieten, um die Werte, die wir noch besitzen, zu erhalten. Die Werksfeuerwehren tragen in hervorragendem Maße hierzu bei. Ihre Schaffung ist daher mit allen Mitteln zu fördern. Möge die Feuerschutz-Woche auch hierzu beitragen.

Schlesische Volksnot.

Wenn man die großen Bahnstrecken, die aus Schlesien nach Berlin führen, beobachtet, wird man feststellen, daß Tag für Tag in diesen Zügen ganze Abteile mit Männern und Frauen belegt sind, die ihre Heimat verlassen, um in Berlin oder im Rheinland und Westfalen ihr Brot zu erwerben. Es ist eine tragische Tatsache, daß diese Menschen Heimat und Elternhaus um einer sehr unsicheren, dunklen Zukunft willen, verlassen.

Wenn wir die Statistik zur Hand nehmen, treten uns geradezu erschütternde Zahlen entgegen. In der Zeit von 1910 bis zur Volkszählung im Jahre 1925 sind allein aus Ostpreußen nicht weniger wie 112 000 Personen abgewandert, aus Oberschlesien rund 38 000. Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen, rund 9 000. Diese Bewegung ist in den letzten Jahren nicht nur zum Stillstand gekommen, sondern hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt. Daß die Lage der arbeitslosen Schichten in den westlicheren Gebieten dadurch nicht verbessert wird, braucht nicht besonders betont zu werden. Eine bedeutsame Feststellung ist es, daß beispielsweise im Jahre 1925 von den Bergarbeitern Westfalens 37,9% im Osten geboren wurden. Im Bezirk Dortmund waren es 46% und im Bezirk Gelsenkirchen sogar 55,2%. Was ist nun die Veranlassung dazu, daß diese Menschen in dieser großen Anzahl diesen Weg gehen?

Diese Frage wird von den verschiedensten Seiten auch verschieden beantwortet werden. Aus allen Reden und Schriften, die über die schlesische Not in die Welt gefandt werden, geht der Ruf nach der Hilfe durch den Staat. Die Landwirtschaft verlangt den Schutz ihrer Ware durch hohe Zölle und Vergünstigungen in der Steuerfestsetzung. Die Lebensfähigkeit der Ostprovinzen, so sagt man vielleicht nicht mit Unrecht, hängt in wesentlichen von der Gesundung der Landwirtschaft ab.

Aber auch die Industrie ist im Osten und insbesondere in Schlesien vertreten. Auch hier werden Stilllegungen und Massenentlassungen begründet mit der allgemeinen Volksnot. Die Öffnung der Ostgrenzen wird gefordert, Herabsetzung der Eisenbahntarife als Notwendigkeit für den Fortbestand angegeben. Alle diese Forderungen sind bekannt. Der Reichsregierung und dem Reichstag sind sie in Entschuldigungen und Denkschriften unterbreitet worden. Durch Einsetzen von 22 Millionen in den Reichshaushalt für die Ostprovinzen, versucht man der Notlage zu steuern. Zugelagt wurde, daß Reichs- und Staatsaufträge in verstärktem Maße den Ostprovinzen zugeführt werden sollen. Neue Kunststraßen und Verbindungswege sollen hergestellt werden, um so die Verkehrsfrage zu bessern.

Alle diese Hilfsmaßnahmen sind ohne Zweifel berechtigt. Aber ob es möglich sein wird die Volksnot, jene Not, die wir als echte Volksnot bezeichnen, zu beheben, ist durch die größte Hilfsmaßnahme nicht gewährleistet. Sinn all dieser Dinge kann doch nur sein, der breiten Bevölkerungswirtschaft die Lebensnotwendigkeiten zu erschließen und dem Heimatloswerden großer Massen Einhalt zu gebieten.

Wenn man dieses Ziel erreichen will ist es notwendig, den Menschen, in der Industrie und in der Landwirtschaft reichlichere Existenzmittel, bessere Löhne in die Hand zu geben. Es ist eine traurige Tatsache, daß wohl nirgendwo die Arbeitskraft so schlecht bezahlt wird, wie gerade in Schlesien. Wohl haben wir Tarifverträge für fast alle Berufe. Aber wie oft, wieder und wieder, diese Tarifverträge umgangen werden, ist gar nicht zu sagen. Will man die Volksnot beheben, muß eine tiefere Verantwortung der bestehenden Kreise gegenüber den Unbesitzenden einsehen.

Die es um diese Verantwortung aussieht, sei nur an einem Bei-

spiel, das nicht vereinzelt dasteht, gezeigt. In einem Sägewerk Niederschlesiens werden zirka 30 Leute beschäftigt. Eigentümer ist ein in Deutschland nicht unbekannter Baron. Dieses Sägewerk ist neben 7 großen Gütern eigentlich nur als Nebeneinnahmequelle des Besitzers zu werten. Verarbeitet wird nur Material, welches aus den riesigen Wäldungen des Herrn Baron heraliskommt. Trotz dieser billigen Materialquelle, werden in dem Betrieb Löhne gezahlt, die eigentlich nur als Schulkinderlöhne gedacht sein können. Daß aber diese Löhne nach der Ansicht der Geschäftsführung noch zu hoch sind und daß die Geschäftsleitung nicht allzu sehr mit moralischen Hemmungen belastet ist, beweist folgender Anschlag im Betrieb:

Bekanntmachung!

Auf Grund der bestehenden katastrophalen Wirtschaftslage sowie Geldknappheit sehen wir uns gezwungen, die Betriebsunkosten sowie baren Lohn-Ausgaben herabzusetzen.

Lauf Verfügung der Geschäftsleitung tritt eine Senkung der Stundenlohnsätze um i. D. ca. 10% ab 7. d. Mts. in Kraft.

Die Dauer dieser Verfügung kann einestheils nur die ersuchte Besserung des Wirtschafts- und Kapitalmarktes aufheben, bzw. einschränken, andernteils die etwaige Verschlechterung weitere Senkungen der Löhne und letzten Endes die gänzliche Schließung des Betriebes zur Folge haben.

Einem jeden Arbeitnehmer ist es heute mehr denn je Pflicht, durch intensive Arbeit den abwärts rollenden Wirtschaftskörper aufzuhalten und fundamentieren zu helfen.

gez. Unterschrift.

Ein Kommentar dazu ist, abgesehen von diesem fürchterlichen Deutsch, überflüssig. Daß man es wagt, Menschen von 20 Jahren und mehr, die für sehr schwere Arbeit einen Wochenlohn von 15.— bis 20.— Mk. nach Hause bringen, noch einen Abbau der Löhne in Aussicht zu stellen, ist bezeichnend für den Geist der hier herrscht, einen richtigen Weg schlesische Volksnot zu beheben, wird niemand darin erkennen können. Im Gegenteil, die Entvölkerung der Ostprovinzen wird dadurch nur gefördert. Die Möglichkeit, daß eines Tages die Menschen die Hände in den Schoß legen und sagen: wir wollen nicht mehr, ist nicht ausgeschlossen. Wenn man es ehrlich meint mit der Behebung der Volksnot, wenn man darunter nicht nur den eigenen Geldbeutel versteht, muß hier mit der Beseitigung der Not angefangen werden.

Ob es jemals gelingt, gewissen Menschen die Verantwortung für ihre Handlungen in die Seele zu legen, ist zweifelhaft. Darum ist die Arbeiterschaft gezwungen und verpflichtet, sich restlos in die Reihen derer zu stellen, die sich die Lösung all dieser Fragen zur Aufgabe gemacht haben. Nur ein lückenlos geschlossenes Zusammenstehen aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften bietet die Gewähr, daß in der Zukunft Vieles zum Bessern gewandt werden kann.

J. S. h.

Volkswirtschaftliche Kapitalverwendung.

Es ist leider immer dasselbe Bild, jeder Mensch, der sich bemüht, schlicht und ohne Phrase an dem Platz, an dem er gerade im Leben steht, das soziale Problem praktisch zu bewältigen, wird das Empfinden teilen: die soziale Frage wird leider ernstlich meist nur von der geistigen Seite aus betrachtet, erschöpft sich hier letzten Endes in unfruchtbaren ästhetisch-pietätvollen Argumentierungen und ist dadurch im Laufe des letzten Jahrzehnts in ihrer Wichtigkeit in den Augen all derjenigen diskreditiert worden, die sowieso von der Gruppe der Skeptiker und von denjenigen, die von Beruf aus bösen Willens sind, nach der negativen Seite hin beeinflusst werden. Die für die Gesamtbehandlung dringend notwendige wirtschaftliche Betrachtung unterbleibt entweder völlig oder bleibt in utopischen Forderungen stecken, die jeder Tatsachengrundlage entbehren. Es ist um der Sache willen bedauerlich, daß viele Sozialreformer sich über elementare wirtschaftliche Zusammenhänge unseres sozialen Problems nicht restlos im klaren sind.

Da wir für absehbare Zeit mit einer kapitalistischen Wirtschaftsform in mehr oder weniger gemilderter Form rechnen müssen, so ist es doch eigentlich sehr verwunderlich, daß bei den wenigsten Debatten über das soziale Problem die Kapitalfragen dieses Problems ernstlich erörtert wird. Man kann doch wohl sagen, daß seit dem Ende der Inflation die soziale Frage für das deutsche Volk viel weniger brennend gewesen wäre, wenn alle die Kapitalien, die in dieser Zeit-

spanne aus dem Dolke heraus gespart wurden, volkswirtschaftlich rentabel verwandt worden wären. Es ist kaum notwendig, noch besonders darauf hinzuweisen, in welchem Ausmaße die Großindustrie im Laufe der Zeit die nicht ausgeschütteten Gewinnerübrigungen zu Fehldispositionen und Überorganisirungen verwandt hat. Die sogenannten stillen Reserven bei den großen Konzernen, die man unter Hinweis auf die 1-Mark-Posten in den Bilanzen in der Öffentlichkeit einer so starken Kritik aussetzt, stellen heute größtenteils keine realisierbaren Werte mehr dar und sind traurige Endergebnisse von verfehlten Rationalisierungsexperimenten und von Überkapitalisierungen.

Ebenso müssen wir notgedrungen zugeben, daß auch der Kapitalismus der öffentlichen Hand durch Reich, Länder und Kommunen seit der Inflation alle auf dem Kapitalmarkt sich ansammelnden Spargelder rücksichtslos aufgekauft und zum größten Teil für Ausgaben verwandt hat, die für das kulturelle Prestige eines wohlhabenden Volkes schon Sinn und Zweck haben können, in Zeiten eines allgemeinen wirtschaftlichen Tiefstandes jedoch keineswegs verantwortlich sind. Ähnlich sind die zahlreichen agrarischen Kapitalisierungen in den letzten Jahren zu werten.

Jetzt steht jedenfalls, daß, wenn nicht dauernd, durch das gegenwärtige Wirtschaftssystem bedingt, der Großkapitalismus, die öffentliche Hand und sonstige Machtgruppen beträchtliches, im Wirtschaftsprozess erarbeitetes Kapital unrentabel investiert hätten, der Beschäftigungsgrad der Bevölkerung größer, und die soziale Frage wesentlich der Lösung entgegengebracht wäre. Es ist bedauerlich, daß von den Praktikern und Theoretikern die soziale Frage sehr wenig von dieser Seite aus betrachtet wird, trotzdem alle Beteiligten nach der Herbeiführung einer gesunden und soliden wirtschaftlichen Dauerkonjunktur zur Behebung der ungeheuren Notlage rufen, ohne sich darüber klar zu sein, daß bei dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem der dauernden Verwirtschaftung von volkswirtschaftlichem Kapital die produktiven Grundlagen dieser Volkswirtschaft, die gesund ausgebaut, allein eine Dauerkonjunktur zum Gesamtwohl des Volkes herbeiführen können, immer mehr zerrüttet werden.

Es sollten deshalb all diejenigen, die maßgebend an der Lösung der sozialen Frage zu arbeiten haben, sich vor allem bemühen, geeignete, automatisch wirkende Kontrollmaßnahmen herbeizuführen, um eine, in weltwirtschaftlicher Wertung gesehen, produktivere Verwendung des Sparkapitals zu ermöglichen. Vorschläge in dieser Richtung sind: stärkere Beteiligung der breiten Massen an der Sparaktivität durch umfangreichere Verteilung der Unternehmungsgewinne, Revindierung des Aktienrechts und Befreiung der Sparkassen von dem Einfluß der öffentlichen Körperschaften und Aufsichtungsarbeiten gegen das Kapitalaufsaugesystem des Großkapitalismus durch die weitverzweigten Depositenneze der Großbanken.

Lohn- und Tariffbewegung.

Der Bezirkstarifvertrag für das Holzgewerbe im Gebiete der Rheinpfalz ist mit Wirkung vom 15. März 1930 für allgemein verbindlich erklärt. Der räumliche Geltungsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Rheinpfalz und den Kreis Worms.

Rundschau.

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft. Der Präsident der Internationalen Handelskammer, Theunis, legt seinen Jahresbericht über 1929 vor, der besonders charakteristische Merkmale hinsichtlich der Betrachtung der internationalen Kapitalbewegung, der Konzentrationsbewegung in Industrie und Handel und der Auswirkung der sinkenden Preise trägt. In seinen allgemeinen Ausführungen über die Weltwirtschaftslage 1929 geht Theunis besonders auf die Auswirkungen des Neuporker Börsenkrachs auf die internationale Geldbewegung ein. Theunis meint, daß das Jahr 1929 nicht als ein Jahr niedriger Geldpreise angesehen werden könne. Es ließe sich nicht bestreiten, daß die Banken vieler Länder durch die Umstände gezwungen seien, hohe, für Industrie und Handel nachteilige Diskontsätze aufrechtzuerhalten. Im ganzen konnte man auf den verschiedenen Märkten eine lebhaftere Bewegung der Kapitalemissionen feststellen, die jedoch fast immer für die Bedürfnisse der einheimischen Industrie benötigt wurden. Die wachsende Bedeutung der Banken zeige sich u. a. auch in der Zunahme der „Clearing Houses“, dem Anwachsen der Depots, sowie in der Haltung des Publikums und der Unternehmungen. Das Bestehen der drei konkurrierenden internationalen Finanzzentren —

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 16. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 13. bis 19. April 1930 fällig.

Quartalschluß. Die Vierteljahresabrechnungen sind in der satzungsgemäßen Frist fertigzustellen und an die Hauptverwaltung einzuwenden. Gleichzeitig sind die rechnungsmäßigen Restbeträge an die Hauptkasse zu überweisen.

Freund und Kollege! Um eine ganz kleine Gefälligkeit bittet Dich der Verband. Du hast den Wert und Vorteil des Verbandes erkannt und wurdest deshalb Mitglied. Sei aber nicht nur Mitglied, sondern auch Mitarbeiter. Wir machen Dir das so leicht.

Das Werbeblatt, welches dieser Nummer beiliegt, sollst Du einem Dir bekannten unorganisierten Berufskollegen mit einigen erklärenden Werbeworten überreichen und ihm den Beitritt zum Verband empfehlen. Du kennst Zweck und Ziel des Verbandes. Überzeuge an Hand des Werbeblattes auch diejenigen, die noch abseits stehen.

Du erfüllst gewiß diese Bitte und gleichzeitig damit eine Pflicht gegenüber Deinem Verbände. So trügst Du mit bei zur weiteren Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes und kannst der jetzt beginnenden Frühjahrswerbung zu einem durchschlagenden Erfolg verhelfen. Wir rechnen auf Deine Mitarbeit.

Sterbetafel.

Johannes Rügenberg, Tischler, 23 Jahre, Steinheim,
 Jakob Friedrich Jäger, Schneidmüller, 51 Jahre, Kassel,
 Amandus Hämmerling, Tischler, 61 Jahre, Schwerin, Warthe,
 Leopold Gehrmann, Stellmacher, 47 Jahre, Danzig,
 Albert Fingerle, Glaser, 60 Jahre, Konstanz,
 Wilhelm Maier, Holzarbeiter, 57 Jahre, Bochum,
 Anton Langner, Holzarbeiter, 66 Jahre, Breslau,
 Josef Schlimmig, Tischler, 35 Jahre, Danzig,
 Heinrich Frey, Tischler, 72 Jahre, Münster,
 W. Janko, Tischler, 41 Jahre, Liegnitz,
 Richard Wagner, Stellmacher, 36 Jahre, Schweidnitz,
 Alois Lehmann, Schreiner, 27 Jahre, Dortmund.

Ruhet in Frieden!

London, Neupork, Paris — werde auf die Festsetzung des Diskonts günstigen Einfluß haben und andererseits, durch Verteilung des Risikos, mehr Regelmäßigkeit in die internationalen Geldgeschäfte bringen.

Die allgemeine Lage der Industrie im Jahre 1929 bezeichnet Theunis als günstig, einige Gebiete hätten jedoch unter einer Depression gelitten. In gleichem Maße wie immer zahlreichere Schichten der Bevölkerung sich ein bewegliches Kapital zulegen und sich für Börsengeschäfte interessieren und so die wachsenden Kapitalbedürfnisse der Industrie befriedigen, so sei eine allgemeine Besserung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger seit mehreren Jahren festzustellen, die die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Luxus- oder Halbluxusgegenständen, wie Kraftwagen, Radioapparate, Filme und Kunstseidenstoffe gesteigert habe. Grundbedingung für die weitere Entwicklung sei jedoch ein Mindestmaß von Freiheit für den internationalen Gütertausch, die die Ausdehnung der Märkte gestatte.

Weiterhin weist Theunis auf die wachsende Industrialisierung der verschiedenen Länder hin, die man in zwei Arten einteilen könne: alte Völker, die einen hohen Grad von Reichtum erlangt haben, wie die Niederlande und Schweden, und neue Länder, Kolonien oder Dominien europäischer Staaten als große Kapitalborger, wie z. B. die Länder Asiens, Osteuropas, Afrikas, Südamerikas und Australiens.

Bedeutend ungünstiger sei die Lage der Landwirtschaft in den verschiedenen Ländern, und Theunis scheint sich der Meinung von Keynes anzuschließen, der der Ansicht ist, daß die Zentren der die Welt

bedrohenden Depressionen nicht in London oder Newyork, sondern in den Agrarländern, in Südamerika, Australien, Asien und Zentral-europa lägen. Als eines der charakteristischen Merkmale des Jahres 1929 bezeichnet Theunis das 1924 begonnene verschärfte Fallen der Großhandelspreise, teils bis zu 20 Prozent bis 1929. Dabei gingen die Kleinhandelspreise sehr viel weniger als die des Großhandels zurück. Der Welthandel sei in vielen Ländern sehr aktiv und durch Zunahme der Ein- und Ausfuhr gekennzeichnet. Die große Industrielätigkeit habe sich für die Ausfuhrländer von Fertigwaren in einer Zunahme der Einfuhr von Rohstoffen geäußert. Die große Belebung des internationalen Geschäfts hätte einen günstigen Einfluß auf den Seetransport ausüben und eine Erholung der Frachten herbeiführen müssen. Der Überschuß an zur Verfügung stehender Tonnage wirkte indessen in entgegengesetztem Sinn, und die Lage der Seeschifffahrt sei nicht sehr günstig.

Erkenntnis? Daß die Steigerung der Rentabilität der deutschen Wirtschaft und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nicht durch Abbau der Löhne, sondern durch Preisenkung erreicht werden kann, ist ein Grundsatz, den die christlichen Gewerkschaften immer wieder in die öffentliche Diskussion geworfen haben. Es scheint aber, als ob sich die Gedanken vieler deutscher Unternehmer so in der Kartellpolitik festgelaufen haben, daß sie es zum Teil als ein besonderes Verdienst ansehen, wenn sie ihre Verluste auf dem Auslandsmarkt durch erhöhte Preise im Inland ausgleichen können. Professor Georg Bernhard geht im „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 8 vom 21. Februar 1930, S. 377) auf die Frage ein, ob man die Produktionskapazität der Betriebe durch Hereinnahme von Verlustgeschäften mit dem Ausland ausnutzen soll oder nicht, und kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß für die „merkwürdige Gedankenlosigkeit“ des wirtschaftlichen Denkens der Gegenwart charakteristisch sei, daß man den Weltmarkt als eine unerschöpfliche Auftragsquelle ansähe, die man sich immer wieder dadurch erschließen könne, daß man billiger sei als die Konkurrenten. Im Gegensatz dazu, so schreibt Bernhard, worin wir mit ihm völlig übereinstimmen können, sehen die deutschen Fabrikanten den inneren Markt und seine Preise als etwas Unabänderliches an. Er schlägt daher vor, in derselben Weise auf dem Inlandsmarkt den Konkurrenten zu unterbieten, wie das auf dem Auslandsmarkt geschähe. Bernhard hält es für richtiger, wenn sich die deutsche Wirtschaft die Frage stelle, wie sie ihre Mehrprodukte im Inlande absetzen könnte, statt zu überlegen, ob sie im Ausland unter den Inlandspreisen verkaufen dürfe.

Seine weiteren Ausführungen wenden sich gegen die vorherrschende Tendenz, statistische Ergebnisse immer in pessimistischem Sinne auszulegen. Es ist uns doch wertvoll, daß die Vertreter der Wissenschaft sich auch gegen diese Tendenz wenden, wie wir das ja schon wiederholt getan haben. Bei einer Betrachtung der Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland und im Ausland spielt natürlich der Lohnunterschied eine bedeutende Rolle. Von Unternehmenseite wird aber immer der hohe Lohn als den Wettbewerb im Ausland hemmend dargestellt. Wir freuen uns, daß Bernhard gerade in einer guten Konjunktur des inneren deutschen Marktes auch ein Mittel zur Hebung der deutschen Wirtschaft sieht. Legt man die vom Internationalen Arbeitsamt berechneten Reallohnmeßziffern zugrunde und rechnet sie, wie Bernhard das tut, auf der Grundlage Riga gleich 100 um, so ergibt sich folgende Aufstellung:

Berlin	129	Rom	90
London	198	Reval	87
Mailand	102	Wien	85
Paris	112	Lodz	84
Madrid	108	Warschau	78
Prag	96	Moskau	75
Brüssel	91	Lissabon	59

Berlin hat also nächst London den höchsten Reallohn. Nun kommt Bernhard bei Betrachtung dieser Zahlen jedoch nicht zu dem Schluß, daß die Löhne zu hoch seien, gerade wegen dieses relativ günstigen Zustandes sei der deutsche Markt ausnahmefähiger. Eine weitere Hebung des Reallohnes der deutschen Arbeiter wäre, so schließt Bernhard seine Ausführungen, die beste Gewähr für die Ausnutzung der Kapazität der deutschen Industrie, und für Deutschlands Konkurrenzfähigkeit. — Endlich einmal ein vernünftiges Wort!

Tariflöhne im Jahre 1929. Vom 1. Januar 1929 bis 1. Januar 1930 haben sich die tarifmäßigen Stundenlöhne im gewogenen Durchschnitt für die vom Statistischen Reichsamt erfaßten zwölf Gewerbe um 3,1 Prozent auf 111,9 Pfg. für Gelernte, und um 3,4 Prozent

auf 84,0 Pfg. für Ungelernte erhöht. Im Vorjahr ergab sich für die gleichen Arbeitergruppen eine Steigerung der tarifmäßigen Stundenlöhne um 6,4 und 8,0 Prozent, im Jahre 1927 eine Steigerung um 8,6 und 12,1 Prozent. Die Tariflohnerrhöhung war also 1929 wesentlich geringer als in den beiden Vorjahren.

Die tarifmäßigen Wochenlöhne bei regelmäßiger Arbeitszeit stellten sich am 1. Januar 1930 durchschnittlich auf 54,10 RM. für Gelernte und 41,80 RM. für Ungelernte gegen 52,53 und 40,49 RM. am 1. Januar 1929 und 49,35 und 37,56 RM. am 1. Januar 1928. Die Steigerung der Wochenlöhne wich nur unerheblich von derjenigen der Stundenlöhne ab, und zwar infolge vereinzelter Kürzungen der bisherigen Arbeitszeit. Setzt man den Durchschnitt der Jahre 1927/29 gleich 100, so lagen die tarifmäßigen Wochenlöhne am 1. Januar 1930 für Gelernte auf 106,5 und für Ungelernte auf 107,5 Prozent.

Die gesetzliche Regelung des Bausparwesens. Die bereits seit langem geforderte gesetzliche Regelung des Bausparwesens steht nunmehr bevor. Nach dem Ministerialentwurf, der in Kürze dem Reichskabinett zugehen wird, sind alle Bausparkassen konzessionspflichtig und der staatlichen Beaufsichtigung unterstellt. Sie müssen die Spar- und Darlehensbedingungen klar und leichtverständlich formulieren, insbesondere müssen sie folgende Bestimmungen herausstellen: Höhe und Fälligkeit der den Bausparern obliegenden Leistungen und die Rechtsfolgen eines Verzuges, Höhe und Fälligkeit der Leistungen der Bausparkasse, Grundsätze für die Gewährung der Baudarlehen, Länge der Wartezeit sowie die dingliche Sicherung der Baudarlehen. Auch müssen die Spar- und Darlehensbedingungen Angaben über eine auf die Person des Bausparers abzuschließende Lebensversicherung enthalten. Aufsichtsbehörde soll das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung werden. Von dieser ist ein Treuhänder zu bestellen, der hauptsächlich die geschäftsplanmäßige Zuteilung der Baudarlehen zu überwachen hat. Endlich sind die Bausparkassen verpflichtet, statistische Nachweise an das Aufsichtsamt einzureichen.



Nicht nur in der Maschine lauert Gefahr, auch in dir selbst ist sie begründet! Wer monatelang, jahrelang an einer gefährlichen Maschine beschäftigt ist, wird mit ihr derart vertraut, daß er auf die Gefahren nicht mehr achtet. Das ist an sich menschlich durchaus verständlich. Aber in dieser Gewöhnung an die Gefahr liegt eine sehr gewichtige Unfallursache begründet. —

Deine Maschine ist heute noch genau so gefährlich wie am ersten Tage, als du vor ihr standest und als sie dir vielleicht einen heillosen Schrecken einjagte! Laß diesen Eindruck durch die Gewöhnung nicht ganz verwischen und laß nicht nach in deiner Aufmerksamkeit auf die Gefahren! — Auch die kleinste Ablenkung deiner Aufmerksamkeit kann schwerste Folgen nach sich ziehen. Es braucht nicht immer ein anderer daran schuld zu sein, auch wenn ohne Futur

eines anderen deine Gedanken von der Arbeit absc̄hweifen, kann dich eine Sekunde oder auch nur der Bruchteil einer Sekunde, in der du nicht voll bei der Arbeit bist, deine gesunden Glieder kosten! Lieber die Zähne zusammengebissen und freiwillig mit voller Aufmerksamkeit bei der Sache sein, als nachher im Krankenhaus wochen- und monatelang über die Ursache seines Unfalls nachdenken müssen!

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Ein Streit um Pensionsansprüche.

Zu Weihnachten 1906 wurde seitens der Direktion der Waggonfabrik Danzig in einem Anhang zur Arbeitsordnung für die Arbeiter eine Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung eingeführt. Diese Unterstützung sollte jeder Arbeiter erhalten, der 5 Jahre im Dienste der Waggonfabrik beschäftigt war und arbeitsunfähig wurde. Im Todesfalle sollten die Witwen und Waisen eine entsprechende Unterstützung erhalten. Die Rente wurde auch einzeln bezugsberechtigten Arbeitern anfangs und zum Teil auch heute noch bezahlt. Im Dezember 1928 wurden Arbeiter entlassen, weil sie infolge Überschreitung des 65. Lebensjahres nicht mehr als volle Arbeitskraft angesehen wurden. Die Firma aber weigerte sich, an diese die statutarische Rente zu zahlen.

Mitglieder unseres Verbandes strengten nun durch den Danziger Gauleiter Uhl, Klage vor dem Gewerbegericht gegen die Waggonfabrik an. Da am 1. April 1929 die Arbeitsgerichte in Danzig eingeführt wurden, wurde die Klage vor dem Arbeitsgericht weitergeführt. Nach langwierigen Verhandlungen wurde ein Zwischenurteil gefällt, welches die Ansprüche der Kläger als gerechtfertigt bezeichnete. Da der Vertreter der Waggonfabrik besonders die ungünstig veränderte wirtschaftliche Lage des Betriebes in den Vordergrund stellte, wurden gerichtseitig Gutachten über den früheren und jetzigen wirtschaftlichen Stand des Betriebes eingeholt. Im Dezember 1929 wurde die Firma unter Billiger Berücksichtigung aller Umstände zur Zahlung der zugesagten Rente in voller Höhe verurteilt. Im Laufe der Zeit meldeten sich bei dem Vertreter der Kläger, Uhl, noch eine weitere Anzahl Arbeiter, Witwen und Waisen, um durch denselben mit ihrer Vertretung zu beauftragen.

Um die Kosten für die Parteien nicht zu hoch werden zu lassen, wurden im Einvernehmen mit dem Gericht und Beklagten 3 Spezialfälle, welche jeweils verschieden lagen, durch den Vertreter der Kläger zur Verhandlung gestellt. In allen drei Fällen wurde die Waggonfabrik verurteilt. Gegen die Urteile des Arbeitsgerichtes legte die beklagte Waggonfabrik Berufung beim Landes-Arbeitsgericht ein. Die Berufung wurde in sämtlichen Fällen jedoch kostenpflichtig abgewiesen. Es ist somit durch diese letzte Entscheidung, welche endgültig ist, eine klare Rechtslage für die Ansprüche der Arbeiter geschaffen. Wenn auch zugegeben werden mag, daß die Firma in ihren Kapitalien heute beschränkt, bzw. nicht so flüssig ist, so dürfte dieses trotzdem kein Anlaß sein, gegebene Versprechen nicht einzuhalten. Wenn eine Firma ihren Mitarbeitern in deren besten Lebensalter Versprechungen macht und nachher im Alter, wenn die Leute ihre besten Kräfte verbraucht haben, diese Versprechen nicht hält, muß dieses als Verstoß gegen Treu und Glauben angesehen werden.

Die bezugsberechtigten Arbeiter, Witwen und Waisen erhalten auf Grund des damals gegebenen Versprechens nunmehr zu der staatlichen Sozialversicherung einen Zuschußbetrag von 30.— bis 80.— Gld. pro Monat, je nach der Dauer der Arbeit im Betriebe. Nach Angabe der Firma hat dieselbe pro Jahr eine Summe von 28 000 RM. zu zahlen, welche sie zu zahlen nicht in der Lage sei. U. E. ist diese Summe ohne weiteres zu hoch gegriffen. Fest steht andererseits, daß die Firma heute mehr höhere Beamte trotz einer gegen früher auf die Hälfte verminderten Arbeiterzahl beschäftigt. Dieses Mehr an Beamten gegen früher bedeutet eine höhere Belastung als die gesamten Rentenansprüche ausmachen. Ein im vergangenen Jahre entlassener Prokurist erhielt außer 15 000 Gld. Gehaltsnachzahlung noch mehrere Tausende Gulden Abfindung und an dessen Stelle wurde ein Direktor mit einem bedeutend höheren Gehalt eingestellt.

Wenn auch für das Gericht in erster Linie der Rechtsstandpunkt in Frage kommen kann, so wurden diese letzteren Argumente doch auch entsprechend gewertet. Gut wird es sein, wenn man der damals großzügigen Stiftung für die Arbeiter und Angestellten einmal

auf den Grund geht. Nicht allein das gute Herz war hier entscheidend, sondern vor allen Dingen wollte man dadurch verhindern, daß die Arbeiterschaft sich gewerkschaftlich organisierte. Der damalige Leiter der Waggonfabrik, Geheimrat Schrey, litt es unter keinen Umständen, daß eine Organisation, ganz gleich, ob sozialistisch oder christlich, in seinem Betriebe auftauche. Wenn sich trotzdem Arbeiter fanden, welche gewerkschaftlich organisiert waren, so durfte, wenn der betr. Arbeiter seine Arbeitsstelle nicht verlieren wollte, dieses nur ganz geheim geschehen. Dafür wurde um so mehr, wie das heute bei den Gelben noch der Fall ist, in der Waggonfabrik in Vereinsfesten aller Art gemacht. Daß damit natürlich keine aufrechten und ehrlichen Menschen gegenüber dem Betriebe erzogen werden konnten, wollte die Betriebsleitung nicht wahr haben. Eine ganze Anzahl Arbeiter hatte so fest auf das Versprechen der Firma gebaut, daß man es als Gewerkschaftler nicht wagen durfte, dieselben mit Agitation für die Gewerkschaften zu beschäftigen. Mit Hohn und Spott wurde derjenige bedacht, welcher für einen Berufsverband Stimmung machte.

Den Dankzettel haben diese Herrschaften ja nunmehr auch erhalten. Mit der felsenfesten Überzeugung, daß ja die Rechtsanwälte viel besser in der Lage sind, die Arbeiter zu vertreten, als wie die Gewerkschaftssekretäre, gingen diese Unorganisierten zum Gericht, wo sie natürlich gleich eine bittere Pille schlucken mußten. Vorläufig für Rechtsanwälte und Gericht bis zu 170 Gld. und dann mußten sie erfahren, daß die Rechtsanwälte garnicht in der 1. Instanz vertretungsberechtigt waren. Der Bürovorsteher der Rechtsanwälte, ein Justizsekretär a. D., welcher als Versuchskarnikel vorgeschoben war, mußte als Klagevertreter auftreten. Nunmehr standen die armen Menschen ohne jeden Rat und Haft vor dem Gericht. Von dem Vorsitzenden des Arbeitsgerichts wurde unser zufällig am Gericht in einer andern Sache anwesende Kollege Uhl gebeten, daß den Bestand zu übernehmen, damit wenigstens die Verhandlung der Sache entsprechend geführt werden konnte. Zu spät mußten nun die früheren Gewerkschaftsfeinde einsehen, wie gut es ist, organisiert zu sein und sie nahmen die früher so verhöhrte Hilfe der Gewerkschaft nur zu gern an. Jetzt finden sogar die Kollegen aus dem Freien und den Hirsch-Dunkerschnecken neben unsern christlichen Verbänden den Weg auf unser Holzarbeiterbüro. Am allerbesten finden aber auf einmal die Unorganisierten den Weg zum Verbandsbüro. Auf jeden Fall kann unser Verband in Danzig, welcher die schwere Aufgabe der Durchführung dieser Klage nicht gescheut hat, auf den Erfolg mit allem Recht stolz sein. Nur dadurch, daß der Kollege Uhl, welcher die Klage in allen Instanzen vertreten hatte, in all die in Frage kommenden Bestimmungen eingedrungen war, war es möglich, dieses günstige Resultat zu erzielen. Glänzend wurde der Beweis erbracht, daß man nicht Rechtsanwalt sein muß, um den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Zu wünschen wäre nur, daß überall unsere Kollegen auch die richtige Nutzenwendung aus solchen Erfolgen ziehen und sich mit ganzer Kraft und zähstem Willen für die Stärkung unseres Holzarbeiterverbandes, wie auch der gesamten christlichen Gewerkschaften, einsetzen möchten. Dieses wäre der schönste Dank an den Verband und würden andererseits auch weitere Erfolge für die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe ums Recht herauskommen, die zur Verbesserung ihrer Lage führten. Nicht den Heiligen und Leifrettern, aber auch nicht den hohlen Schreier gehört die bessere Zukunft, sondern den Menschen, die als überzeugte christliche Gewerkschaftler den Weg der Selbsthilfe durch energische, tätige Mitarbeit im Berufsverband beschritten haben!

Die Rechtsprechung in der Sozialversicherung. Die Rechtsprechung in der Sozialversicherung hat im Jahre 1929 in fast allen Zweigen der Sozialversicherung gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung erfahren. Es gingen in der Krankenversicherung 576 Revisionen (1928 gleich 436) ein.

Das Rechtsmittel wurde in 593 Fällen von den Versicherten und in 181 Fällen von den Krankenkassen oder sonstigen Berechtigten eingelegt. Mit den aus dem Jahre 1928 übernommenen 498 unerledigten Revisionen lagen somit 1075 Sachen zur Entscheidung vor.

In der Invalidenversicherung gingen 6674 Revisionen ein (1928: 6550). Das Rechtsmittel wurde in 5963 Fällen von den Versicherten und in 711 Fällen von den Versicherungsträgern eingelegt. Im Berichtsjahre waren — einschließlich der 4765 aus dem Jahre 1928 übernommenen — 11 455 Sachen zu bearbeiten (1928: 12 111).

Für den Spruchsenat der Angestelltenversicherung gingen im Berichtsjahre 240 Revisionen ein (1928: 270). Das Rechtsmittel wurde

in 215 Fällen von den Versicherten und in 25 Fällen vom Versicherungsträger eingelegt.

An Spruchsachen der knappschäftlichen Versicherung gingen im Berichtsjahre beim Reichsversicherungsamt 1240 Revisionen ein, davon 1148 seitens der Versicherten und 82 seitens des Versicherungsträgers.

Die in den Bereich des Reichsversicherungsamts fallende Rechtsprechung über Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung beschränkt sich dem AVADG. zufolge auf grundsätzliche Streitfragen, wie Versicherungs- und Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung, Ansprüche der Arbeitslosen aus der Krankenversicherung, Arbeitslosen-, Krisen- und Kurzarbeiterunterstützung usw. Der Eingang für den Spruchsenat betrug im Berichtsjahre 340 Sachen.

Rekurse und Anträge wurden im Jahre 1929 in der Unfallversicherung anhängig 9355 (1928: 8676). Davon waren 7229 von den Versicherten, 2130 von den Versicherungsträgern eingelegt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Frühjahrskonferenzen.

Den Reigen unserer diesjährigen Frühjahrskonferenzen eröffneten am 23. 3. 1930 die Gaubezirke Nürnberg, Stuttgart (Baden) und Bremen. Am 30. 3. 1930 folgten die Gaue Stuttgart (Württemberg), Bochum und Hannover und am 6. April Frankfurt, Düsseldorf und Berlin.

Das einheitliche Thema aller Konferenzen lautet: „Der Verband im Reich und der bevorstehende Verbandstag“. Ein Mitglied des Zentralvorstandes war für jede dieser Konferenzen als Redner bestellt. Es sprach der Kollege Kurtscheid in Stuttgart und Köln, der Kollege Schick in Offenburg und Frankfurt, der Kollege Stedem in Bremen und Dortmund, der Kollege Deuß in Nürnberg und Hannover und der Kollege Krajesky in Berlin. Die zuständigen Gauleiter behandelten jeweils die Lage des Verbandes in ihren Gauen.

In den Referaten wurde ein Gesamtbild des Verbandes gezeichnet. Die Situation, in der die nicht leichte gewerkschaftliche Arbeit des Verbandes zu leisten war, der Stand, die Entwicklung und die Ausbreitung des Verbandes im Reich, die Mitgliederzahl, die finanzielle Entwicklung der Hauptkasse, hier insbesondere Markenverkauf und Unterstützungsweisen, Verwaltungsmaßnahmen, sowie die lohnpolitischen Erfolge und solche auf dem Gebiete des Rechtsschutzes, die Bildungsbestrebungen innerhalb des Verbandes, die Forderung nach eiferwilligen Mitarbeitern an der Weiterausbreitung und Stärkung unserer Organisation, sowie der Hinweis auf die Aufgaben des Verbandstages bildeten Hauptinhalt der Referate. Die Gauleiter ergänzten das von dem Hauptreferenten gezeichnete Bild durch eindrucksvolle Darstellung der besonderen Verhältnisse in ihren Bezirken und wiesen an Hand von zum Teil ausgezeichnetem Zahlenmaterial nach, wie einzelne Gewerbebezüge und Industrien ganz besonders von der wirtschaftlichen Depression betroffen sind. Die Arbeitslosigkeit wurde allgemein als die hauptsächlichste Volksnot bezeichnet und ihre Bekämpfung durch Arbeitsbeschaffung dringend gefordert.

Die äußerst rege Aussprache auf allen Konferenzen war der beste Beweis für die Anteilnahme der Mitglieder am Geschick unseres Berufsverbandes und ganz wertvolle Fingerzeige für die künftige Verbandsarbeit die Frucht der ausgiebigen Diskussionen. Eine Kritik an der Geschäftsführung des Verbandes wurde kaum geübt. Besondere Wünsche seitens der Konferenzteilnehmer wurden dem Verbandsvorstand zur Erwägung übermittelt.

Die bisher stattgefundenen Frühjahrskonferenzen zeichneten sich trotz der betonten Notlage, in der sich ein erheblicher Teil der Mitglieder infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit befindet, durch eine

vorzügliche gute Stimmung aus. Allenthalben erhofft man von dem Wiederbeginn der besserer Jahreszeit eine Besserung der Arbeitsmarktlage. Eine Wiederbelebung der Wirtschaft würde auch als Förderung und Unterstützung der durchzuführenden Werbemaßnahmen willkommen sein. Die Konferenzteilnehmer bekundeten allerwärts ihren Willen, an der Weiterausbreitung des Verbandes kräftig mitzuarbeiten und in den Zahlstellen und Ortsgruppen Erforderliches zu veranlassen. Werden diese guten Vorsätze zum größten Teil in die Tat umgesetzt, dann wird bis zum diesjährigen Verbandstag zweifellos ein mindestens ebenso großer, wenn nicht noch besserer Fortschritt bezüglich der Mitgliederzahlen sowie des finanziellen Standes des Verbandes zu verbuchen sein, wie im Berichtsjahr.

Literarisches.

Sind die „freien“ Gewerkschaften politisch und religiös neutral? Umfang 80 Seiten. Preis bei Mehrbezug 60 Pfg. und Porto, einzeln 75 Pfg. einschl. Porto. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf.

Diese Frage einwandfrei und an Hand von Beweisen beantworten zu können, spielt in unserer Agitation eine sehr wichtige Rolle. Mancher Genosse wäre heute unser Kollege, wenn man ihm das wahre Gesicht der „Freien“ rechtzeitig gezeigt hätte.

Bei Auseinandersetzungen wird oftmals von freigewerkschaftlicher Seite behauptet, daß es sich bei Neutralitätsverletzungen nur um gelegentliche Verstöße nicht maßgebender Stellen handele.

Um dem wirksam entgegenzutreten zu können, hat unser Gewerkschafts-Verlag eine Broschüre mit dem obigen Titel erscheinen lassen, in der an Beispielen aus den letzten Jahren und aus allen Verbänden gezeigt wird, daß es sich nicht nur um gelegentliche Entgleisungen handelt, sondern daß die freien Gewerkschaften bewußt sozialdemokratisch und antireligiös sind.

Das Material, wozu alle Verbände beigetragen haben, ist nach Berufen geordnet, wodurch die Verwendung in der Agitation wesentlich erleichtert wird.

Das Internationale Arbeitsamt, Darstellung und Betrachtung vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften, von Hermann Henseler, Genf. „Bücher der Arbeit“, Band 17, 84 Seiten stark, kartoniert. Preis 1.50 RM. Echo-Verlag, Duisburg.

Die Schrift von Henseler ist der Handweiser für breiteste Volksschichten zur Kenntnisförderung über das IAA. Über das IAA, seine Aufgaben, seine Leistungen, seine Ziele muß heute jeder unterrichtet sein, der im Wirtschafskampfe steht. Wertvoll vor allem ist in der Schrift das Einführungskapital über den Ursprung der internationalen Sozialpolitik und ihre Geschichte. Daran schließen sich die Kapitel über die internationale Arbeitsorganisation, ihre Arbeitsmethoden, ihr Wollen und ihre Erfolgsmöglichkeiten, sodann die Stellung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zur internationalen Arbeitsorganisation. Henselers Schrift sollte in der Hand nicht nur eines jeden denkenden Arbeitnehmers, sondern auch in der Hand eines jeden sozialpolitisch Interessierten zu finden sein. Vor allem eignet sie sich für Arbeiterbibliotheken und für den Gebrauch in Unterrichtskursen.

Anzeigenpreis für die vierteljährliche Mißmeterzeile 30 Biennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Belderer Wall 9. Telefonruf Welt 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Adln.

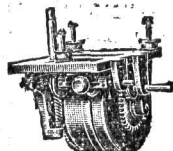
Intarsien jeder Art

Katalog gegen 0.50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke

Hausuhrwerke



z. Selbst- einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Müttern, Gummimutterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, Ia. Aluminium-Schalllose nur Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade i.W. No. 9

Hobe! in allen Preislagen.

Seit Januar 1930

bedeutend verbessert ist unsere Fachschrift

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis vierteljährlich 2.— Mk.